



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/277 - 1.12.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zu den Wahlen im Saargebiet	S. 1
Die Usia-Betriebe in Österreich	S. 3
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 5
Zur Gründung der "Gesamtdeutschen Volkspartei"	S. 6

Die Unfreiheit an der Saar bleibt

(sp) Das Ergebnis der Wahl im Saargebiet kann in Deutschland nur diejenigen enttäuscht haben, die Illusionen hegten. Der Prozentsatz der Wahlberechtigten, die erkennen liessen, dass sie das gegenwärtige Regime an der Saar ablehnen, macht ein volles Viertel aus, wozu noch die, absolut genommen nicht hohen, Enthaltungen und in einem gewissen Umfange auch die kommunistischen Stimmen hinzuzurechnen sind. Diese Partei hat sicher deshalb Zuzug erhalten, weil sie sich, mit freundlicher Erlaubnis der Herren Hoffmann und Grandval, als einzige eine "deutsche" Partei nennen konnte - obwohl sie auf den ersten Wink hin diese Linie verlassen wird, wenn es einer höheren kommunistischen Weisheit als der in Saarbrücken einfällt, den entsprechenden Befehl zu geben. Auf der anderen Seite sind etwa fünf Prozent der gesamten Wählerschaft für Franzosen zu buchen, die in letzter Minute in den Stand gesetzt wurden, wählen zu können.

Vor allem aber muss das Ergebnis unter dem Gesichtswinkel der alles erdrückenden, mit vollem Einsatz von finanziellen und anderen Mitteln und der ganzen Unterstützung der Behörden arbeitenden Regierungs-Propaganda gesehen werden, die dabei von ihren französischen Freunden und Hintermännern nach Kräften unterstützt worden ist. Hier hat sich wieder einmal gezeigt, in welchem Umfange eine von der Unfreiheit der ihr anbefohlenen oder ausgelie-

ferten Bevölkerung lebende Regierung Druck ausüben und Meinung machen kann. Und wie ungeheuer benachteiligt die Kräfte sind, die alle diese Möglichkeiten nicht haben. Beobachter an der Saar bestätigen, dass die nichtzugelassenen demokratischen Parteien, deren politisches Grundbekenntnis das Bekenntnis zu Deutschland ist, praktisch keinerlei Wirkungsmöglichkeiten gehabt haben und dass auch die Unterstützung aus der Bundesrepublik, z.B. durch die Kundgebungen im pfälzischen und rheinischen Grenzraum, kaum zum Tragen gekommen ist. Die Polizei hat im Saargebiet gerade in den letzten 14 Tagen unerhört wachsam alle "illegale" Aufklärungsarbeit beschattet und, wo immer es möglich war, vorbeugend verhindert.

Die Parteien, die das separatistische Regime unterstützt und die aus der diktatorischen Wahlunterstützung aller anderen Kräfte Nutzen gezogen haben, erhielten rund 60 Prozent der abgegebenen Stimmen-für den propagandistischen Aufwand, der getrieben worden ist, kein überragender Erfolg. Die SPS hat ganz offenbar rund ein Fünftel ihres bisherigen Standes an die Wähler mit ungültigem Stimmzettel verloren, während die Katholische Abwehrbewegung gegen den beherrschenden Einfluss der CVP Hoffmanns völlig versagt hat. Die katholische Geistlichkeit hat sich in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit zu Hoffmann bekannt, in einem Lande mit über 70 Prozent Katholiken natürlich ein entscheidender Faktor.

Viele ungültige Stimmen mögen diesmal auch noch in banger Erwartung abgegeben worden sein, was denn geschehen solle, wenn eine Art Vakuum bei einem absoluten Überwiegen der ungültigen Stimmen eintreten würde; für viele ist auch, die allzu geringe Anziehungskraft der Bundesrepublik auf sozialem Gebiet für ihre Entscheidung bestimmend gewesen.

Entscheidend ist die Tatsache der verbleibenden politischen Unfreiheit an der Saar. Sie ist praktisch unbestritten. Sie ist durch Verlauf und Ausgang dieser Wahl erneut bestätigt worden. Sie wird auch bei der weiteren internationalen Behandlung der Saarfrage ein wichtiges Wort mitzusprechen haben.

Die entschleierte Usia

Sowjetische Ausbeutungsmethoden in Österreich

Nach der Besetzung Österreichs beschlagnahmten die Sowjetrussen in ihrer Zone die reichsdeutschen Besitzern gehörenden Industrieunternehmen und Sandgruben und führten sie in eigener Regie weiter. Millionenwerte gehen dadurch der österreichischen Wirtschaft verloren. Wir lesen darüber in der Wiener "Arbeiter-Zeitung".

Der Trattner-Hof, nächst dem Graben, im ersten Wiener Bezirk, ist ein unschuldig aussehendes, fünfstöckiges Gebäude aus Glas und Beton. Häufig sieht man bewaffnete sowjetische Soldaten das Gebäude betreten oder verlassen. Von diesem Gebäude im Trattner-Hof aus werden etwa 60.000 österreichische Arbeiter und Angestellte und fünf Prozent des gesamten österreichischen Industriepotentials beherrscht oder dirigiert. Es ist das Hauptquartier der Zentralverwaltung der Usia.

Was ist die Usia?

Vom Trattner-Hof erhalten etwa dreihundert österreichische Industrieunternehmen ihre Befehle. Dieser Usia-Industriekonzern ist eine ausserordentlich rentable Organisation - für die Russen. Sie hat seit 1946 Güter im Werte von mehr als vier Milliarden Schilling aus Österreich - entfernt.

Die unter dem Titel Deutsches Eigentum beschlagnahmten und in der Usia vereinigten Betriebe bildeten 30 Prozent der Gesamtproduktion der Sowjetzone Österreichs und 7 Prozent des gesamten österreichischen Industriepotentials. Neben der Lieferung von Gütern im Werte von mehr als vier Milliarden Schilling an den Sowjetblock, ohne Gegenleistung an Österreich, brachte die Usia Österreich bisher um schätzungsweise 600 Millionen Schilling an unbezahlten direkten Steuern und fügte ihm einen Verlust von schätzungsweise 1.4 Milliarden Schilling an unbezahlten indirekten Steuern zu.

Ein weiteres Kapital, das besonders die österreichischen Arbeiter und die Sozialrentner angeht, bilden die Krankenkassen- und Sozialversicherungsbeiträge, die viele Usia-Betriebe zwar ihren Arbeitern und Angestellten regelmässig vom Lohn abziehen, aber nicht an die Sozialversicherungsinstitute abführen. Diese Schulden der Usia an die österreichische Sozialversicherung betragen im Jahre 1952 rund fünfzig Millionen Schilling.

Fabriken verfallen

Ein anderes Mittel trägt dazu bei, um den Usia-Konzern einträglich zu machen, und dieses Mittel ist vielleicht für Österreich am verheerendsten. Wo normale Industrieunternehmen einen Teil ihrer Gewinne für die Erhaltung der Fabrikeinrichtung und die Modernisierung der Anlagen wiederinvestieren, lassen die Russen die Usia-Fabriken verfallen. Nur dort, wo es die direkten Bedürfnisse der russischen

Wirtschaft erfordern, wird auf eine entsprechende Instandhaltung geachtet. Wenn also diese Betriebe zu irgendeinem Zeitpunkt an Österreich zurückgegeben werden, ist zu befürchten, dass ihre Wiederausrüstung und Modernisierung ungeheure Summen verschlingen wird, in manchen Fällen sogar mehr als die ursprünglichen Kosten der Anlagen.

Ausser den beschlagnahmten dreihundert Industriebetrieben unterstehen der Usia-Zentralverwaltung im Trattner-Hof mehr als dreihundert weitere Unternehmen: rund 200 Usia-Detailgeschäfte, rund 100 beschlagnahmte landwirtschaftliche Betriebe und 17 gemischte Unternehmen.

Wie die Usia organisiert ist

Jenseits der Ringstrasse, in einem zweiten riesigen Gebäude, im vierten Bezirk, liegt das Nervenzentrum des Industriereiches der Usia. Es ist das Kaufmännische Zentralbüro der Usia, Stalinplatz 10, die mit dem Ankauf von Rohmaterial und dem Verkauf aller Usia-Produkte beauftragte Stelle.

Die meisten der der Usia unterstellten dreihundert Betriebe müssen ihre gesamte Produktion dem Kaufmännischen Zentralbüro mit nur vierprozentigem Aufschlag auf die Selbstkosten verkaufen - was kaum eine ausreichende Instandhaltung ihrer Werkseinrichtungen gewährleistet. Das Kaufmännische Zentralbüro der Usia hat aber noch andere Funktionen, die von den geschäftigen Dienststellen auf dem Stalinplatz 10 dirigiert werden. Dieses Büro ist in Wirklichkeit zu einem gigantischen Umschlags- und Schieberzentrum für den illegalen Ost-West-Handel geworden.

Die Sowjetische Militärbank

Die Tätigkeit der Sowjetischen Militärbank, die in einem anderen Stockwerk des Trattner-Hofes untergebracht ist, ist der österreichischen Öffentlichkeit wenig bekannt, die Bedeutung dieses halbgeheimen Bankinstituts für die russische Ausbeutung Österreichs jedoch ist gross und gefährlich.

Da viele Unternehmen sich bei einer so geringen Gewinnspanne von nur 4 Prozent nicht über Wasser halten können, sind sie gezwungen, bei der Sowjetischen Militärbank um Darlehen anzusuchen. Und selbst für die kleinsten Beträge verlangt die Sowjetische Militärbank Schuldscheine, die vom sowjetischen Generaldirektor und dem Oberbuchhalter des Betriebes gegengezeichnet sein müssen. Der Anfangszinsfuss der SMB. beträgt 5 Prozent; nach der ersten Krediterneuerung steigt er auf 8 Prozent, nach der zweiten Prolongierung auf wucherische 21 Prozent - eine weitere krasse Form der Ausplünderung!

Der Würgegriff der SMB. an den Usia-Betrieben hat viele dieser Firmen veranlasst, den Kampf um gewinnbringende Produktion aufzugeben, da die Gewinne sowieso vom Kaufmännischen Zentralbüro und der SMB. verschlungen werden. Um einen nominellen Gewinn zu erzielen, und nicht den Zorn der Herren auf sich zu laden, gehen viele Fabrikdirektoren den Weg des geringsten Widerstandes: statt steigende Produktion durch Modernisierung zu suchen, weisen sie lieber einen bescheidenen Papiergewinn aus; sie unterlassen Investitionen und Verbesserungen, ja sie unterlassen es, die Fabriken auch nur in gutem

Zustand zu erhalten. So sieht sich die Usia der Tatsache gegenüber, dass durch ihre Ausbeutermethoden und den Verfall der Fabrikeinrichtungen ihr Anteil an der Gesamtproduktion Österreichs von 7 Prozent auf schätzungsweise 4 bis 5 Prozent gefallen ist.

Was geschieht mit der Usia-Produktion?

Nur wenige Unternehmen versuchen, möglichst viel von ihrer Produktion auf den österreichischen Markt zu bringen. Die Hauptmasse der Produktion der Usia ist für Russland oder die Länder des Sowjetblocks bestimmt. Von den Exporten nach der Sowjetunion selbst werden ungefähr 40 Prozent auf der Donau nach Ismaila verschifft und dort auf Frachtschiffe mit dem Ziel Odessa umgeladen, 60 Prozent werden durch die sowjetische Transportagentur Juschneschtrans mit der Bahn aus Österreich gebracht.

1951 wurde geschätzt, dass auf diese Weise Exporte in der Höhe von 1.260,000.000 Schilling (59 Millionen Dollar) aus Österreich herausgezogen worden sind, den Erdöllexport nicht eingerechnet.

Alle diese Güter sind so dem Wiederaufbau Österreichs verlorengegangen. Denn keine Importe erreichen Österreich zur Kompensation dieser Exporte. Wer bezahlt also für diesen ständigen Warenstrom, der von Österreich in den letzten sieben Jahren nach dem Osten floss?

Die Antwort ist einfach: Das österreichische Volk!

+ + +

Volksschule als Polizeikaserne

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Anfang Oktober wurde die Volksschule in Cröllwitz bei Halle durch die Volkspolizei beschlagnahmt. Die Schule soll als Volkspolizeikaserne Verwendung finden. Ein Gesuch der Gemeinde Cröllwitz auf Aufhebung der Beschlagnahme, da die Kinder in Zukunft die schon überbeanspruchte Schule in Leuna besuchen müssten, wurde mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit des Aufbaues der Volksarmee abgelehnt.

+

Als Folge der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung bei der sowjetzonalen Post sind die jährlichen Unkosten auf 80 Millionen M gegenüber 20 Millionen bei Anwendung der früheren kameralistischen Buchführung gestiegen. Die Rückkehr zur kameralistischen Buchführung ist jedoch nicht möglich, da sich die Post als volkseigener Betrieb an die Verordnung zu halten hat, die für alle volkseigenen Betriebe die "wirtschaftliche Rechnungsführung" als verbindlich erklärt.

+

Anlässlich einer Tagung der Arbeitsschutzinspektoren und von Strafrichtern in Ostberlin wurde erklärt, dass bei Anlegung eines normalen friedensmäßigen Maßstabes und bei Beachtung der dringlich erforderlichen Sicherheitsvorschriften 90% aller Aufzüge auf dem Baugelände in der Stalinallee stillgelegt werden müssten, da sie nicht einmal den primitivsten Anforderungen gerecht würden.

+ + +

Abkehr von der CDU

(sp) Eine stattliche Reihe repräsentativer Namen aus dem öffentlichen Leben der Bundesrepublik umfasst der Vorstand der "Gesamtdeutschen Volkspartei", die am Sonntag in Frankfurt als neueste politische Schöpfung aus der Taufe gehoben wurde. An ihrer Spitze stehen der frühere Bundesinnenminister und Mitbegründer der CDU, Dr. Heinemann, der aus der CSU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Bodensteiner, bekanntgeworden durch seine von Einsicht und Gewissensnot diktierten Einwendungen gegen die Westverträge und die CDU/CSU-Führung und die Bundestagsabgeordnete Helene Wesscl, einst Vorsitzende des nach dem Kriege wiedererstandenen Zentrums und Mitbegründerin "der Notgemeinschaft für den Frieden".

Alle Persönlichkeiten standen bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Lager der CDU/CSU. Das gibt dieser Frankfurter Parteigründung ihre besondere Note. Sie sahen in dieser Partei, die vorgab, christlich und demokratisch zu sein, eine der grossen Möglichkeiten, das deutsche Volk aus den verheerenden Folgen seines Zusammenbruchs im Mai 1945 wieder zur Selbstachtung und in die Gemeinschaft der Völker zurückzuführen. Voraussetzung dazu war und ist die soziale Erneuerung von innen her, die Ausschaltung aller Kräfte, deren Wirken in der Vergangenheit sie ungeeignet für den Wiederaufbau machten und die Befolgung einer auf die Beseitigung der Spaltung Deutschlands gerichteten Politik.

In seinem offenen Abschiedsbrief an die CDU-Führung beklagte Heinemann die Verfälschung der CDU

"aus einer Plattform zum gemeinsamen Handeln katholischer und evangelischer Christen in ein Propagandainstrument einer autokratischen Führung, deren politische Entscheidungen den christlichen Wählern durch ein christliches Einheitsgeschrei über den Kopf gestülpt werden"

Er zitierte weiter die Erklärung des Bruderrates der evangelischen Kirche vom August 1947, in dem es u.a. hiess:

"Das Bündnis der Kirche, mit dem das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheissen. Wollen wir den Irrweg fortsetzen?"

Heinemann erinnerte beschwörenden Tones daran, dass der Bolschewismus in entscheidendem Masse die Reaktion auf eine russische Kirche darstelle, welche sich zum Instrument der Zarenherrschaft und des Klassenkampfes

habe machen lassen.

Die Frankfurter Parteigründung ist Ausdruck des Unbehagens und der Sorge vieler gläubiger Menschen über den Weg, den die Kanzlerpartei gegangen ist. Der Missbrauch des Christentums für unheilige Zwecke und Anliegen, die unter seinem Namen von der CDU eingeleitete Restauration, die bewusste Vernachlässigung der sozialen Probleme, die offene Unterstützung sozialer und wirtschaftlicher Reaktion mussten zutiefst viele um Deutschlands Zukunft bangende Gläubige erschrecken. Die politische Praxis der CDU/CSU führt nicht nur zur Verschärfung der Klassengegensätze, zu innerer Aufspaltung Deutschlands, sie erschwert und verschüttet die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung in Einheit und Freiheit. So kommt zu den sozialen Anliegen die Furcht um das Schicksal des deutschen Volkes, die heute viele Gläubige zur Entscheidung zwingt.

Man wird gut daran tun, die Entwicklung dieser nun von der CDU/CSU losgelösten Kräfte zu verfolgen. Das in Frankfurt verkündete Manifest, dem im Frühjahr ein Parteiprogramm folgen soll, enthält in seinem aussenpolitischen Teil allzu vage Formulierungen. So schweigt es sich darüber aus, wie eine künftige gesamtdeutsche Regierung eine mögliche deutsche Neutralität erreichen und sichern soll. Auch die Theorie von Europa als einer dritten Kraft zwischen West und Ost hat sich als Wunschbild erwiesen. Die echte Opposition gegen die Westverträge und die Erkenntnis der Gefahren, die sie für Deutschland heraufbeschwören, gleicht nicht das Fehlen einer sich an den wirtschaftlichen, sozialen und aussenpolitischen Notwendigkeiten orientierenden politischen Konzeption aus. Viele, die bei der Frankfurter Schöpfung Parteistanden, sind durch ihre frühere Tätigkeit in der Notgemeinschaft belastet; man wird erst später erkennen, wie weit sie sich von manchen illusionären Gedankengängen entfernt haben oder entfernen wollen.

+ + +

Aus der Seele gesprochen

"Dieses Europa, das jetzt gebaut wird, ist ein ungeheurer Fortschritt gegenüber der Vergangenheit und für die Zukunft ein ganz grosses Ereignis. Dieses Europa wird dann vornehmlich von Regierungen und Regierungen gebracht werden, die auf demselben weltanschaulichen Boden wie wir stehen und das war gerade der Grund, weshalb Dr. Schumacher so dagegen war. Wir dürfen nicht erleben, dass wir diesen Bau nicht vollenden. Wenn wir ihn vollenden, dann haben wir damit für die CDU auch für die Zukunft den besten Boden im deutschen Volk und auch in Europa bereitet".

Dr. Adenauer auf einer Konferenz mit der CDU-Presse am 27. September 1952.